



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 25.09.2014

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 02. Oktober 2014, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigungen der Niederschriften vom 17.07. und 11.09.2014
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **14-F-33-0105**

Regionalpolitik besser begleiten

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 24.09.2014 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Diskussion zur Verfasstheit der Metropolregion Rhein-Main im Hessischen Landtag aufzunehmen und für die Landeshauptstadt Wiesbaden unter Beteiligung der städtischen Gremien eine eigene Position festzulegen und diese in die Diskussion einzubringen;
2. die Positionierung der Metropolregion Rhein-Main im Konzert der zehn deutschen Metropolregionen darzustellen. einen Vorschlag zur Lösung des Dualismus Wiesbaden-Frankfurt zu machen;
3. die Aktivitäten der Regionalversammlung Südhessen und des Regionalverbandes sowie aller anderen Sonderstrukturen übersichtlich zu begleiten.

5. 14-F-33-0106

Industriestandort Wiesbaden stärken

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 24.09.2014 -

Mit dem Ankauf umfangreicher Flächen der Firma Dyckerhoff durch die Stadt Wiesbaden besteht seit vielen Jahren wieder die Möglichkeit, Wiesbaden nachhaltig auch als Industriestandort zu stärken. Die Anstrengungen, in Wiesbaden mehr Wohnraum zu schaffen und einer unnötigen Versiegelung von Flächen aus umweltpolitischen Gründen Einhalt zu bieten, stehen grundsätzlich in einem klaren Spannungsverhältnis zu einer ebenfalls notwendigen Flächenpolitik im Sinne des Industriestandorts. Da die Industrie ein wichtiger Faktor für den Arbeitsmarkt ist, ist es notwendig eine Strategie zur Stärkung des Industriestandortes zu entwickeln, die das genannte Spannungsverhältnis berücksichtigt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, eine langfristige Strategie zur Stärkung des Industriestandortes Wiesbaden zu entwickeln, in dem die Stärken und Schwächen des Standorts Wiesbaden analysiert werden und eine Perspektive für die Entwicklung dieses wichtigen Wirtschaftssektors aufgezeigt wird.
2. Bei der Entwicklung dieses Konzepts soll auch geprüft werden, ob es sinnvoll und möglich ist, für jede umgewidmete Industriefläche eine Ausgleichsfläche im Stadtgebiet anzubieten.
3. Die Industriestrategie soll vor Verabschiedung auch im Rahmen eines Runden Tisches mit Unternehmen, Gewerkschaften, Industrieverbänden und Kammern diskutiert werden, um alle Beteiligten einzubinden.

6. 14-F-03-0090

Stadtmuseum für Wiesbaden

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.09.2014 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass das Vorgehen der Koalition bezüglich des Stadtmuseum gemessen an ihrer eigenen Zielsetzung gescheitert ist.

2. Der Magistrat wird aufgefordert, eine beschlussfähige Vorlage zu erstellen, die es der Stadtverordnetenversammlung ermöglicht, eine Entscheidung über das weitere Verfahren zu treffen. Diese Vorlage muss eine vollständige und detaillierte Darstellung des Ablaufs und der aktuellen Lage enthalten, inklusive aller getroffenen Vereinbarungen/Verträge. Insbesondere sollen die aktuellen Kostenschätzungen für den geplanten Museumsbau des Architekten Helmut Jahn und die zu veranschlagenden Kosten für die Nutzbarmachung dieses Gebäudes als Stadtmuseum dargelegt werden.
3. Die Stadtverordnetenversammlung rügt, dass sie seit April 2013 (Beschlussnr. 0163 der Stadtverordnetenversammlung vom 25. April 2013) darauf angewiesen ist, aus der Zeitung zu erfahren, wie der jeweils aktuelle Sachstand zum Thema Stadtmuseum ist. Insbesondere wird gerügt, dass den Parteigremien der Koalitionsfraktionen die Vertragsunterlagen vorliegen, während sie der Stadtverordnetenversammlung vorenthalten werden.

7. 14-F-08-0056

Menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen sicherstellen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 24.09.2014 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, schnellstmöglich gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat Wiesbaden ein Konzept für die Unterbringung von Flüchtlingen zu erarbeiten, bei dem folgende Kriterien maßgeblich Beachtung finden sollen:

1. Die Stadt Wiesbaden orientiert sich am so genannten „Leverkusener Modell“, nach dem eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in eigenen Wohnungen oberste Priorität hat.
2. Den Flüchtlingen wird „ein menschenwürdiger Aufenthalt ohne gesundheitliche Beeinträchtigungen“ ermöglicht (§ 3 AufnG Hessen).
3. Die Unterbringung von Flüchtlingen in einer Gemeinschaftsunterkunft kann nur eine zeitlich eng begrenzte, vorübergehende Lösung sein.
4. Von der Ansiedlung von Gemeinschaftsunterkünften in einem Gewerbegebiet wird abgesehen, da dies nach § 8 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO auch ausnahmsweise nicht zulässig ist.
5. Die menschenwürdigen Mindeststandards der Liga der freien Wohlfahrtspflege finden bei der kurzfristigen Unterbringung ihre Anwendung:
 - a. keine Container,
 - b. nicht in einem Gewerbegebiet,
 - c. nicht mehr als 50 Personen in einer Gemeinschaftsunterkunft.
6. Die Landeshauptstadt Wiesbaden trägt die Verantwortung für die Sicherheit der Flüchtlinge vor neonazistischen o. a. Anschlägen und hat für entsprechende Sicherheitsvorkehrungen zu sorgen.

Die Sitzungsvorlage 14-V-51-0041 ist damit hinfällig.

8. 14-F-05-0017

Wirtschaftliche Kalkulation zur Windkraft auf dem Taunuskamm
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 24.09.2014 -

Am 23.09.2014 berichtete das Magazin Report Mainz von Windparks in Erlangen und Mainz, die für die dortigen Stadtwerke Verluste einfahren. Selbst der Lobbyverband Bundesverband Windenergie geht davon aus, dass zwei Drittel der On-Shore-Windparks rote Zahlen schreiben.

Den Hauptgrund dafür sieht der Bundesverband Windenergie darin, dass viele Windräder auf Grundlage zu optimistischer Windprognosen errichtet werden. Auch bei den Planungen auf dem Taunuskamm geht Schnelligkeit vor Gründlichkeit. So wird es vor der Entscheidung keine ganzjährigen Messungen auf dem Taunuskamm geben, obwohl die World Wind Energy Association fordert, dass „die Daten über mindestens 12 Monate lückenlos erfasst und auf Plausibilität überprüfbar sein müssen“.

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten,
 - a. in welchem Zeitraum auf dem Taunuskamm die Windmessungen durchgeführt werden.
 - b. welche Technik dabei eingesetzt wird.
 - c. ob dabei an allen vorgesehenen Standorten gemessen wird oder nur an ausgewählten.
 - d. nach welchem Muster die Ergebnisse aus den Windmessungen zu einer ganzjährigen Windprognose hochgerechnet werden.
 - e. Welche Unternehmen in diesen Prozess involviert sind.
 - f. auf welchen Grundlagen er den Bürgern eine finanzielle Beteiligung am Windpark anbieten möchte.

2. unverzüglich die wirtschaftlichen Planungen der ESWE Taunuswind vorzulegen, insbesondere
 - a. den kalkulierten jährlichen Umsatz.
 - b. die kalkulierten jährlichen Betriebskosten.
 - c. die kalkulierte jährliche Rendite.

9. 14-F-09-0004

Einführung eines mobilen Bürgerdienstes

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Unabhängige & Freie Wähler vom 24.09.2014 -

Personalausweis beantragen, Wohnsitz an-/ummelden oder Kopien beglaubigen lassen: Wer diese und weitere Dienstleistungen in der Landeshauptstadt Wiesbaden in Anspruch nehmen will, für den führt kein Weg an Bürgerbüro, Ortsgericht oder Ortsverwaltung vorbei; denn die genannten Dienstleistungen gibt es nicht online. Es gibt jedoch Bürger, die nicht in der Lage sind diese Lokalitäten ohne größere Anstrengungen aufzusuchen, da ihre Mobilität eingeschränkt ist - etwa Senioren, die nicht mehr mobil sind, oder Menschen mit Behinderung. Unsere Gesellschaft altert und die Stadt Wiesbaden sollte ihre Dienstleistungen den Veränderungen anpassen.

Um allen Bürgern auf Dauer die Dienstleistungen anbieten zu können, wäre die Einrichtung eines „Mobilen Bürgerdienstes“ hilfreich. Die Erfahrungen in anderen Städten, zum Beispiel in Recklinghausen sind durchweg positiv. Mit einem „Bürgerkoffer“, welcher von der Bundesdruckerei GmbH angeboten wird, kann der „Mobile Bürgerdienst“ den Bürgerinnen und Bürgern direkt vor Ort - in den eigenen vier Wänden oder auch zum Beispiel in Altenheimen - städtische Leistungen erbringen. Mit der Realisierung des Bürgerkoffers in Wiesbaden hätte die Stadt eine weitere Methode, um die Qualität und Bürgernähe der Stadtverwaltung weiter zu steigern. Benötigt wird nach Angaben der Bundesdruckerei lediglich der Zugriff auf die jeweilige Verfahrenssoftware, zum Beispiel über einen sicheren externen Zugang zum IT-Netz der Kommune.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen, ob ein mobiler Bürgerdienst in Form eines Bürgerkoffers in die bestehende Verfahrenssoftware integriert werden kann
2. zu eruieren, ob es in der Landeshauptstadt Bedarf für den Einsatz von mobilen Bürgerkoffern gibt - dabei sollen auch die Beschäftigten der betreffenden Ämter abgefragt werden -
- und ggf. die nötige Anzahl, die Anschaffungskosten und laufenden Kosten des „Mobilen Bürgerdienstes“ zu ermitteln
3. bei positiver Einschätzung des Einsatzes von Bürgerkoffern, die Einführung eines „Mobilen Bürgerdienstes“ zeitnah zu realisieren

10. 14-F-04-0002

Neuverteilung der Fraktionsmittel

- Antrag von Stv. Dr. Lerschmayer (Die Republikaner - fraktionslos) vom 28.07.2014 -

Aufgrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes Leipzig v. 5.7.12 beantrage ich eine Neuverteilung der Fraktionsmittel.

Die Kommune ist dabei an den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz gebunden.

„Der Grundsatz der Wahlgleichheit kann nur durch die mittelbaren Auswirkungen auf die Mandatsträger- und zwar auf Fraktionsangehörige wie Fraktionslose - berührt werden.“ Die Gewährung von Finanzmitteln an Fraktionen darf nicht dazu führen, dass die in diesen Fraktionen zusammengeschlossenen Mandatsträger bei der Wahrung ihres Mandates gegenüber fraktionslosen Mandatsträgern ungleich bevorzugt werden. Wo dies unvermeidliche Folge der Fraktionsbildung ist, bedarf es kompensatorischer Massnahmen zugunsten der Fraktionslosen, um die Gleichheit der Mandatswahrnehmung wiederherzustellen.“

In diesem Sinne fordere ich eine angemessene Ausstattung für die Ausübung meines Mandates, in Anlehnung an die der Fraktionen.

11. 14-F-09-0003

Schriftliche Anfrage Nr. 269/2014 der Stadtverordnetenfraktion Unabhängige & Freie Wähler vom 18.07.2014 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. "Online-Anhörung Bußgeldbescheide"

ANLAGE

12. 14-F-08-0057

Schriftliche Anfrage Nr. 273/2014 der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 31.07.2014 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. "Verwendung von Haushaltsmitteln für Lesselallee"

ANLAGE

13. 14-F-03-0091

Altbaumbestand der Lesselallee

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.09.2014 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass es bisher keine aktive politische Entscheidung zur Zukunft der Lesselallee gibt, obwohl dies ein wiederholt geäußerter Wunsch des Dezernenten war. Die parlamentarische Mehrheit hat damit ihre Rolle als gestaltende Kraft nicht wahrgenommen und eine Positionierung in Anbetracht der erheblichen Widerstände vor Ort umgangen. Es ist die Pflicht des Parlaments Position zu beziehen, damit Dezernent und Fachverwaltung Sicherheit für ihr weiteres Handeln haben. Die Ablehnung des Antrags 14-F-08-0051 auf Erhalt der Kastanienallee in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 16. September 2014 stellt keine Ermächtigung zur Fällung der Kastanienallee dar. Auch wurde weder über einen Antrag zur Fällung und Neupflanzung, noch über eine entsprechende Magistratsvorlage, die die geplante Maßnahme beschreibt, begründet und die finanziellen Auswirkungen darstellt, beraten oder abgestimmt.
2. Die Stadtverordnetenversammlung missbilligt ausdrücklich dieses für Öffentlichkeit und Parlament intransparente Verfahren und die fehlende Information des Stadtparlaments in dieser wichtigen Angelegenheit (§ 50 HGO).
3. Der Magistrat wird gebeten, umgehend der Stadtverordnetenversammlung eine Sitzungsvorlage zur zukünftigen Gestaltung der Lesselallee vorzulegen.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 12-A-02-0008

Jährlicher Angemessenheitsbericht zur Höhe der Aufwandsentschädigung

ANLAGE

2. 13-V-36-0006

DL 46/14-1, 43/14-1

Schutz der Grünanlagen Bowling Green und Warmer Damm

3. **14-V-01-0021** **DL 44/14-1**
Bericht zum Projekt Walkmühle
4. **14-V-01-3001** **DL 51/14-1**
Neuregelung des Verfahrens beim Ableben von Mitgliedern der städtischen Körperschaften, Ehrenbürgern, Städtältesten und Mitgliedern der Ortsbeiräte
5. **14-V-04-0002** **DL 51/14-2, 01/14-1**
Fahrplanwechsel
ANLAGE
6. **14-V-04-0013** **DL 45/14-1**
Aktualisierung und Darstellung der Kosten für den "Umgriff" Sporthalle und Quartiersplatz, Platz der deutschen Einheit
7. **14-V-05-0010** **DL 44/14-2**
Erlass HKM Gemeinsamer Schulentwicklungsplan Berufliche Schulen
8. **14-V-06-0004** **DL 48/14-3, 47/14-3**
Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden (HSK Rhein-Main GmbH)
9. **14-V-10-0013** **DL 45/14-2**
Scannen eingehender Briefpost im Dienstleistungszentrum / Poststelle
10. **14-V-10-0022** **DL 49/14-1**
Sanierung Vereinshaus Breckenheim, Brandschutzmaßnahmen und Einbau einer Behindertentoilette

- | | | |
|------------|--|----------------------------------|
| 11. | 14-V-10-0027 | DL 48/14-4, 47/14-4 |
| | Ortsverwaltung Kastel/Kostheim, Brandschutzmaßnahmen | |
| 12. | 14-V-20-0044 | DL 51/14-3 |
| | Tarifliche Zusatzversorgung | |
| 13. | 14-V-20-0045 | DL 44/14-3 |
| | Investitionscontrolling 2. Quartal 2014 | |
| 14. | 14-V-20-0046 | DL 51/14-4, 49/14-2 |
| | Weiterentwicklung Investitionscontrolling | |
| 15. | 14-V-20-0048 | DL 51/14-1 NÖ, 50/14-1 NÖ |
| | Änderung der Satzung der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH | |
| 16. | 14-V-20-0050 | DL 43/14-2 |
| | Übersicht der durch den Magistrat bis 30.06.2014 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben | |
| 17. | 14-V-20-0051 | DL 43/14-3 |
| | Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2014 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben | |
| 18. | 14-V-20-0052 | DL 43/14-4 |
| | Zinsrisikomanagement - Sachstandsbericht 01/2014 | |

- | | | |
|------------|--|----------------------------|
| 19. | 14-V-20-0060 | DL 47/14-5 |
| | Bericht zum Halbjahresergebnis 2014 und Ertragsverbesserungen | |
| 20. | 14-V-40-0010 | DL 51/14-5, 50/14-1 |
| | Ausführungsvorlage Blücherschule; Erweiterung für Schule und Betreuung | |
| 21. | 14-V-40-0027 | DL 45/14-3 |
| | Projekt Ausbau Grundschulkinderbetreuung; Standorte 2014/2015 | |
| 22. | 14-V-40-0031 | DL 43/14-5 |
| | Brückenschule: Sanierung des ehemaligen Gebäudes Adalbert-Stifter-Schule | |
| 23. | 14-V-40-0040 | DL 43/14-6 |
| | Wilhelm-Leuschner-Schule Dachsanierung Werkstatttrakt | |
| 24. | 14-V-40-0045 | DL 49/14-3 |
| | Erfahrungsbericht zum Energiesparmodell (Emissions-Minderung an Wiesbadener Schulen) | |
| 25. | 14-V-41-0009 | DL 45/14-4 |
| | Kulturfonds Rhein-Main; Bericht zur Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Wiesbaden | |
| 26. | 14-V-41-0011 | DL 48/14-5, 47/14-6 |
| | Hess. Staatstheater Wiesbaden; Abschluss 2013 und Budget 2014 | |
| 27. | 14-V-51-0017 | DL 43/14-7 |
| | Einrichtung einer Planstelle im Bereich 51.500105 | |

- 28. 14-V-51-0024** **DL 43/14-8**
Wohnungsbauprogramm 2014, Bericht über die Beantragung von Kontingenten für Wohnungsbauförderungsmittel des Landes Hessen
- 29. 14-V-51-0028** **DL 36/14-2**
"Wiesbadener Sozialraumanalyse - Entwicklung der sozialen Bedarfslage in den Stadtteilen"
- 30. 14-V-51-0029** **DL 33/14-5**
Geschäftsbericht der Schulsozialarbeit Wiesbaden für das Jahr 2013
- 31. 14-V-51-0030** **DL 35/14-2**
Wiesbadener Geschäfts- und Eingliederungsbericht SGB II 2013
- 32. 14-V-51-0031** **DL 35/14-3**
Wiesbadener Familienbericht 2013
- 33. 14-V-51-0033** **DL 45/14-5**
Lebenshilfe Wiesbaden e. V., Dynamisierung des Leistungsentgeltes für die Kita Tandem
- 34. 14-V-51-0035** **DL 43/14-9**
Städtisches Programm für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung - Teil III. Dauerhafte Maßnahmen
- 35. 14-V-51-0044** **DL 49/14-4**
"Bericht Tagesbetreuung für Kinder 2013/2014"

36. **14-V-51-0046** **DL 51/14-6, 50/14-3**
Sanierung der Trinkwasserinstallation im Männerwohnheim Schwarzenbergstraße 7
37. **14-V-63-0011** **DL 44/14-5**
Neubau eines Islamischen Kulturzentrums mit Moschee, Ladengeschäft und unterirdischer Mittelgarage für 44 Pkws und 6 Stellplätzen im Freien, in Wiesbaden, Fischbacher Str. 3
38. **14-V-66-0203** **DL 36/14-3**
Elisabethenstraße - Wiesbaden-Delkenheim - Ausbau Radwegeverbindung
ANLAGE
39. **14-V-66-0208** **DL 43/14-10**
Ersatzbeschaffung von Lichtsignalanlagen im Jahre 2014 und 2015
40. **14-V-66-0209** **DL 45/14-7**
Ersatzbeschaffung von Parkscheinautomaten in den Jahren 2014 und 2015
41. **14-V-66-0211** **DL 45/14-8**
Errichtung einer Querungshilfe in der Schönaustraße auf Höhe Hermann-Löns-Straße
42. **14-V-66-0214** **DL 44/14-6**
Thaerstraße/Jonas-Schmidt-Straße - Tempo-30-Zone
43. **14-V-66-0216** **DL 45/14-9**
Einrichtung eines Fußgängerüberweges in der Zieglerstraße in Wiesbaden-Bierstadt

44. **14-V-66-0218** **DL 43/14-11**
Fußgängersicherung in der Freudenbergstraße im Bereich Stielstraße
45. **14-V-66-0219** **DL 51/14-7**
Ahornstraße in Wiesbaden-Breckenheim - Grundinstandsetzung
46. **14-V-66-0225** **DL 48/14-6, 47/14-10**
Einrichtung einer Linksabbiegespur in der Äppelallee
47. **14-V-66-0235** **DL 48/14-7**
Kastellstraße - Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestelle Adlerstraße
48. **14-V-66-0309** **DL 45/14-10**
Ersatzneubau der Brücke über den Belzbach im Zuge des Straßenmühlweges
49. **14-V-66-0312** **DL 48/14-8, 47/14-11**
Ersatzneubau der Straßenbrücke über den Rambach im Zuge der Kitzelbergstraße
50. **14-V-66-0315** **DL 48/14-9, 47/14-12**
Bereitstellung von Mitteln 2014 für die Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Gehwege, Brückenbauwerke und Unterführungen)
51. **14-V-67-0006** **DL 49/14-8**
Sturmschäden auf öffentlichen Grünflächen und im Stadtwald
52. **14-V-70-0005** **DL 47/14-14**
Jahresabschluss 2013 der ELW - Feststellung des Jahresabschlusses; Ergebnisverwendung

53. **14-V-70-0006** **DL 47/14-15**
172. Vergleichende Prüfung "Abfallentsorgung in Großstädten"
54. **14-V-70-0007** **DL 47/14-16**
Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden für das Wirtschaftsjahr 2014
55. **14-V-80-2324** **DL 51/14-8**
Sanierung Kaiser-Wilhelm-Turm auf dem Schläferskopf
56. **14-V-80-8006** **DL 43/14-12**
Fortsetzung Projekt: "Gewerblich-technische und hauswirtschaftliche Helfer"
57. **14-V-81-0001** **DL 43/14-13**
Jahresabschluss 2013 der WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden
58. **14-V-81-0002** **DL 43/14-14**
Bestellung des Wirtschaftsprüfers für den Eigenbetrieb WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden für das Geschäftsjahr 2014
59. **14-V-82-0006** **DL 45/14-11**
Jahresabschluss 2013 des Eigenbetriebs TriWiCon
60. **14-V-82-0008** **DL 48/14-11, 47/14-17**
Hochwasserschaden Kurhaus

61. 14-V-86-0001

DL 46/14-3

Jahresabschluss 2013 des Eigenbetriebs mattiaqua

Tagesordnung III

1. 13-V-61-0043

DL 48/14-1, 47/14-1

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Hauptklärwerk" in den Ortsbezirken Biebrich und Südost - Änderungsbeschluss

2. 13-V-61-0049

DL 48/14-2, 47/14-2

Bebauungsplan "Hauptklärwerk" in den Ortsbezirken Biebrich und Südost - Aufstellungsbeschluss-

3. 14-V-61-0022

DL 50/14-4, 47/14-7

Städtebauliche Rahmenplanung "Wohnen westlich des Schlossparks" im Ortsbezirk Biebrich - Beschluss über den städtebaulichen Rahmenplan nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB -

4. 14-V-61-0023

DL 50/14-5, 47/14-8

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Wohnen westlich des Schlossparks" im Ortsbezirk Biebrich - Änderungsbeschluss -

5. 14-V-61-0024

DL 50/14-6, 47/14-9

Bebauungsplan "Wohnen westlich des Schlossparks" im Ortsbezirk Biebrich - Aufstellungsbeschluss -

6. 14-V-61-0027

DL 49/14-5

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Im Wiesengrund - Bürgerhaus Dotzheim" im Ortsbezirk Dotzheim - Feststellungsbeschluss -

7. **14-V-61-0028** **DL 49/14-6**

Bebauungsplan "Im Wiesengrund - Bürgerhaus" im Ortsbezirk Dotzheim
- Satzungsbeschluss -

8. **14-V-67-0005** **DL 48/14-10, 47/14-13**

Änderung der Friedhofssatzung

9. **14-V-81-0004** **DL 43/14-15**

Satzung zur Änderung der Wasserversorgungssatzung

Zu diesem Punkt findet eine Sondersitzung des Fachausschusses statt:

10. **14-V-63-0010** **DL 44/14-4, 01/14-2**

Lahnstraße 120, Bauvoranfrage, Neubau "BLZ Wiesbaden-Klarenthal" als olymp. + paralymp.
Leistungszentrum mit Schieß-/Bogensporthallen und zusätzlich 18 PKW-Stellplätzen

Tagesordnung IV

1. **14-V-01-0022** **DL 49/14-1 NÖ**

Gebäudekomplex am Platz der Deutschen Einheit - Bericht über Vertragsverhandlungen und Mehrkosten

2. **14-V-20-0056** **DL 45/14-1 NÖ**

Kredit Nr. 1745 und 1746, Abschluss von zwei Darlehnsverträgen über die Gewährung von Krediten aus Mitteln des Hess. Investitionsfonds C

3. **14-V-20-0057** **DL 48/14-1 NÖ, 47/14-1 NÖ**

Umsatzsteuerliche Behandlung von veranstaltungsbezogenen Zuschüssen an TriWiCon

4. 14-V-20-0059 DL 48/14-2 NÖ, 47/14-2 NÖ

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 2. Quartal 2014

5. 14-V-20-0065 DL 51/14-2 NÖ

Bürgschaft Nr. 605 a und b - Übernahme von zwei modifizierten Ausfallbürgschaften zugunsten der WVV Wiesbaden Holding GmbH

ANLAGE

6. 14-V-36-0012 DL 46/14-1 NÖ

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 26.06.2014

7. 14-V-80-2320 DL 45/14-2 NÖ

Verzeichnis der vom 1. April 2014 bis 30. Juni 2014 genehmigten Grundstücksvorlagen

8. 14-V-80-2321 DL 51/14-4 NÖ

Kaufoption für ein Gewerbegrundstück in Kastel, Petersweg-Ost

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher